

1950/AB XXIV. GP

Eingelangt am 02.07.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Unterricht, Kunst und Kultur

Anfragebeantwortung

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0158-III/4a/2009

Wien, 1. Juli 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1944/J-NR/2009 betreffend Konsequenzen aus den in Österreich durchgeführten PISA-Studien, die die Abg. Dr. Walter Rosenkranz, Kolleginnen und Kollegen am 6. Mai 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Die Ergebnisse internationaler Assessment-Studien sind selbstverständlich in die Beratungen der Expertinnen- und Expertenkommission eingezogen worden.

Zu Frage 3:

Die Kosten zur Durchführung eines PISA-Zyklus an österreichischen Schulen liegen bei ca. EUR 1,6 Mio..

Zu Fragen 4 und 5:

Es wurden seit der ersten PISA-Studie in Österreich keine begleitenden Längsschnitt-Studien durchgeführt. Es sind mir nicht alle Begründungen für die damalige Entscheidung einer Nichtdurchführung bekannt, jedenfalls sind solche sehr ressourcenintensive Longitudinalstudien kein Bestandteil des internationalen Assessment-Projektes, und meinen Informationen nach wurde auch kein Projektantrag für eine entsprechende nationale Zusatzstudie gestellt. Von den am PISA-Projekt teilnehmenden Ländern haben nur sehr wenige (Australien ist etwa eine Ausnahme) eine begleitende Longitudinal-Studie durchgeführt.

Zu Fragen 6 bis 8:

Die Konsequenzen der Ergebnisse internationaler Assessment-Studien, daher auch der PISA-Studie, bestehen in den verschiedenen Reforminitiativen zur Weiterentwicklung des österreichischen Schulsystems. Diese Studien liefern keine bestimmten Handlungsanweisungen bzw. „Rezepte“, sondern haben die Wissensbasis über die Stärken und Schwächen der österreichischen Schulen wesentlich erweitert. Auf der Grundlage dieses durch den internationalen Vergleich erweiterten Wissens lassen sich Reformen gezielt und effektiv planen und durchführen. Im Sinne einer Intensivierung der Maßnahmen zur Leseförderung wurde beispielsweise im September 2008 eine „Koordinationsstelle für Lesen und Schulbibliotheken“ eingerichtet, die an der Entwicklung von nachhaltigen Konzepten für den Unterricht arbeitet. Daher, als eine wertvolle Wissensgrundlage über unser Schulsystem im Sinn faktenbasierter Reformarbeit, halte ich die Teilnahme an Assessment-Studien, wie PISA, für notwendig.

Zu Frage 9:

Die Tests der PISA-Studie beruhen auf definierten Kompetenzbereichen (vgl. etwa die PISA-Frameworks), die für jede Test-Domäne jene Kompetenzen enthalten, die international von Expertinnen und Experten als wesentlich für die Altersgruppe der 15/16-Jährigen erachtet werden. Die nationale Verträglichkeit der Tests wird durch die Einbeziehung nationaler Expertinnen- und Expertengruppen sichergestellt. Sowohl bei der Erstellung der Frameworks werden die Rückmeldungen nationaler Expertinnen und Experten berücksichtigt, als auch bei der Entwicklung der Testaufgaben (Items). Bei Letztem können erstens national erstellte Items in den Itempool eingebracht werden. Zweitens werde alle Items des Itempools (in der Regel zweimal – vor dem Feld- und vor dem Haupttest) jedem Teilnehmerland zur Begutachtung vorgelegt. Teil dieses Begutachtungsprozesses ist die Expertinnen- und Experteneinschätzung, in wie weit die durch ein Item getesteten Kompetenzen Teil des nationalen Lehrplans sind.

Zu Frage 10:

Österreichische Schülerinnen und Schüler werden im Wesentlichen durch den Schulunterricht auf die Testung im Rahmen der PISA-Studie vorbereitet. In Fällen anderer Länder, wo das Schuleintrittsalter von den in Österreich üblichen sechs Jahren abweicht, kann sich daher unter Umständen eine längere oder kürzere Zeitdauer bis zu einer Teilnahme an den Tests im Rahmen der PISA-Studie ergeben. Die gezielte Vorbereitung auf einen einzelnen Test ist schwer möglich und würde Derartiges dem Sinn des PISA-Projektes widersprechen. Aus didaktischer Sicht wäre das exakt das zu vermeidende „teaching to the test“.

Die Bundesministerin:

Dr. Claudia Schmied eh.